

Photo: Mark Fernandes

Florian Post, MdB

Claudia Tausend, MdB

Für UNS in Berlin

SPD

**Liebe Leserinnen und Leser!**

**Der 30. April 2015 war ein ganz besonderer Tag. Genau 70 Jahren zuvor ist die 7. US-Armee in München einmarschiert und hat die Stadt von der NS-Herrschaft befreit.** Und genau 70 Jahre nach der Befreiung wurde auf dem Gelände der ehemaligen NSDAP-Parteizentrale - dem „Braunen Haus“, das NS-Dokumentationszentrum eröffnet. Ein Lernort zur Mahnung für die Zukunft, der hoffentlich von Jung und Alt gut angenommen wird.

Viel Spaß beim Lesen wünschen Claudia Tausend und Florian Post.

## SPD will internationalen Handelsgerichtshof bei TTIP

**150.000 Eingaben beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu TTIP haben klar gezeigt: Hauptkritikpunkt am US-europäischen Freihandelsabkommen TTIP sind die privaten Schiedsgerichte („ISDS“).**

SPD-Parteivorsitzender und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat jetzt in Brüssel einen Vorschlag vorgelegt, der das Streitbeilegungsverfahren in Handelsabkommen grundlegend reformieren soll: einen internationalen Handelsgerichtshof. Die 30-seitige Ausarbeitung des Bundeswirtschaftsministeriums basiert auf den Madrider Vorschlägen der sozialdemokratischen Handelsminister Europas, die statt Schiedsgerichten einen öffentlich tagenden Handelsgerichtshof fordern. Er nimmt auch viele Forderungen auf, die die TTIP-Arbeitsgruppe der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion unter Federführung von

Claudia Tausend erarbeitet hat. Im Einzelnen sieht der Entwurf vor:

- **Ein US-europäischer Handelsgerichtshof mit festen und unabhängigen Richtern** soll eingeführt werden, Investoren haben keinen Einfluss auf die Zusammensetzung. Richter müssen sich an einen Verhaltenskodex halten, Verhandlungen sowie Verfahrensdokumente sind öffentlich, die Zivilgesellschaft kann sich an Verfahren beteiligen. Gegen Entscheidungen kann Berufung eingelegt werden.
- **Der politische Handlungsspielraum („right to regulate“) muss gewahrt bleiben:** Investoren erhalten keine weitergehenden Rechte als unter dem Grundgesetz. Investorenrechte werden eingeschränkt, wenn es um den Schutz von Menschenrechten, öffentlicher Sicherheit und Ordnung,

Natur und Umwelt, Gesundheit, Arbeitnehmerrechten, Sozialstandards, kultureller Vielfalt und Medienvielfalt geht. Schutzstandards werden genauer definiert.

- **Investoren können nur entweder vor einem nationalen Gericht oder vor dem Investitionsgericht klagen,** Parallelklagen sind unzulässig. Der Handelsgerichtshof arbeitet also wie ein „ganz normales“ Gericht und ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Rechtsstaats. Sigmar Gabriel hat den Vorschlag bereits an EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström weitergeleitet. Jetzt müssen wir sicherstellen, dass diese Vorschläge ihren Weg in den TTIP-Vertragstext finden und sich auch in CETA niederschlagen.  
**Freihandel kann nur zu fairen und rechtstaatlichen Bedingungen stattfinden!**

## Gedenken an die Vergangenheit, Mahnung für die Zukunft

**70 Jahre nach der Befreiung Münchens durch die 7. US-Armee am 30. April 1945 konnten wir die Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums begehen.** Nachdem sich der Stadtrat bereits 2001 entschieden hatte, ein NS-Dokumentationszentrum zu bauen, übergaben in einem Festakt Oberbürgermeister Dieter Reiter und Kulturstatsministerin Prof. Monika Grütters den Neubau seiner Bestimmung.

In München gründete sich die NSDAP, die hier versuchte mit dem Hitler-Putsch an die Macht zu gelangen und später die Stadt als „Hauptstadt der Bewegung“ ausgerufen hat. Am historisch belasteten Ort der Täter wird dieses schwere Erbe nun angemessen aufgearbeitet. Auf dem Grundstück des ehemaligen „Braunen Hauses“ will das NS-Dokumentationszentrum ein Erinnerungs- und Lernort sein. Der schlichte weiße Kubus steht im

Kontrast zum umliegenden ehemaligen NSDAP-Parteiviertel und die großen Fenster holen diese Umgebung in die Ausstellung herein. Auf vier Geschossen und 1.300 qm Ausstellungsfläche widmet sich das Zentrum der NS-Zeit in München und den Verbrechen von Münchnern im Zweiten Weltkrieg. Aber auch die schwierige Aufarbeitung nach Kriegsende wird ebenso wenig ausgespart wie der aktuelle Rechtsextremismus.

Das Dokumentationszentrum richtet sich an die gesamte Münchner Bevölkerung sowie internationale Gäste und ist auf 300.000 Besucher im Jahr ausgelegt. Besonders wichtig finden wir die geplante Aufklärungsarbeit mit Schulklassen. Jedem und jeder wird in der Ausstellung deutlich: „Es geht mich etwas an, Toleranz und Demokratie immer wieder neu mit Leben zu füllen und gegen Ausgrenzung, Rassismus, Anti-

semitismus und Diskriminierung zu verteidigen“. Wie wichtig dies ist, zeigte sich am Tag der Eröffnung sehr anschaulich. Ein Dutzend Rechts-extreme demonstrierten gegen das neue NS-Dokumentationszentrum. Bei aller Wertschätzung für die Unabhängigkeit der Gerichte und das Recht auf Demonstrationsfreiheit, für uns ist es eine unverständliche Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes diese Kundgebung an diesem Ort und diesem Datum zuzulassen.

**„Wenn die da draußen vor der Türe das Dokumentationszentrum infrage stellen, geben sie uns hier und heute den besten Grund dafür, es zu eröffnen“, entgegnete Dieter Reiter zu Recht. Das NS-Dokumentationszentrum ist Dienstag bis Sonntag jeweils von 10 bis 19 Uhr geöffnet, bis Ende Juli bei freiem Eintritt. Wir können Ihnen einen Besuch nur wärmstens empfehlen!**



**Am 30. April 1945 befreite die 42. Infanterie-Rainbow-Devision der US-Armee München von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Es war eine große Ehre beim Eröffnungsakt des NS-Dokumentationszentrums einige Veteranen von damals zu treffen und ihnen zu danken.**

## Trassendebatte wird zur Komödie

**Der Streit um den Ausbau des deutschen Stromleitungsnetzes geht in die nächste Runde. Zuerst hat die CSU den Trassenbedarf mit der Zustimmung zum Bundesbedarfsplangesetz im Bundestag und Bundesrat 2013 bestätigt.** Pünktlich zu den Kommunalwahlen setzte sich die CSU dann an die Spitze der Bürgerproteste gegen diese Leitungen und schwang sich zum einsamen Kämpfer für bayerische Interessen auf, wo sie in dieser Rolle die Bürger vor den bösen Stromtrassen beschützen müsse. Dabei arbeitet die CSU hier klar gegen bayerische Interessen. Denn die Alternative zu den Trassen, die den stromproduzierenden Norden – v.a. durch Wind – mit dem stromverbrauchenden Süden verbinden, ist die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Wir stehen aber zur Abschaltung des letzten Atomkraftwerks bis 2022 und setzen auf erneuerbare Energien. Ebenso sind Speicher derzeit noch

nicht geeignet, um die Fluktuation der erneuerbaren Energien auszugleichen. Eine weitere Alternative ist die Einteilung Deutschlands in zwei Preiszonen. Das würde bedeuten, da die beiden Marktgebiete derart unterschiedlich und nicht ausreichend verbunden sind, müssten Bürger wie Unternehmen in Bayern bis zu 30 Prozent höhere Strompreise bezahlen. Das würde zwar die von Seehofer herbeigeredeten Gaskraftwerke rentabel machen, aber die Auswirkungen für jeden Einzelnen und den Industriestandort Bayern mit seinen Zentren München, Nürnberg, Ingolstadt, Regensburg und dem Chemiedreieck wären katastrophal. Um aus diesem selbst verschuldeten Dilemma wieder herauszukommen, lud Ilse Aigner zum Energiedialog. Doch wie zu erwarten war, ist auch hier kein anderes Ergebnis herausgekommen, als dass die Trassen gebraucht werden. Mittlerweile wird das wohl auch in der CSU so gesehen

und der Bedarf anerkannt. Denn der neueste Vorschlag der bayerischen Landesregierung sieht nun vor, die Trassen zwar zu bauen, aber doch möglichst um Bayern herum verlaufen zu lassen. Damit gibt sie sich der Lächerlichkeit preis und zeigt vor allem eines: Sie steht mit dem Rücken zur Wand, ein vernünftiger Ausweg aus der starren Blockadehaltung ist nur noch schwer möglich. Die CSU sollte endlich den Mut aufbringen, für den Bedarf an neuen Leitungen auch vor den Gegnern einzutreten und wo immer möglich verträgliche Lösungen zu finden. So kommt der Erdverkabelung im Umfeld von Wohnbebauung und in landschaftlich besonders schützenswerten Gebieten eine besondere Rolle zu.

**Zumindest die Ablehnung dagegen hat die CSU mittlerweile überwunden. Im Interesse Bayerns sollte die CSU auch aufhören, den Trassenbau und damit die gesamte Energiewende zu torpedieren.**

## Stipendien für junge und engagierte Hochschulabsolventen

**Auch in diesem Jahr vergibt der Deutsche Bundestag gemeinsam mit der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Technischen Universität Berlin 120 Stipendien an junge, engagierte Hochschulabsolventen aus 41 Nationen.** Das Internationale Parlaments-Stipendium (IPS) dauert fünf Monate, Höhepunkt des Programms ist für die Stipendiaten eine dreimonatige Mitarbeit in einem Abgeordnetenbüro. Seit April unterstützt Varsenik Minasyan aus Armenien Claudia Tausend im Berliner Büro. Während des Sitzungsbetriebes



**Seit April in Claudia Tausends Berliner Büro** – Varsenik Minasyan aus Armenien.

nimmt sie an zahlreichen Terminen und Sitzungen teil und arbeitet während der Woche im Abgeordnetenbüro, wo sie eine Reihe von Aufgaben übernommen hat.

## Flüchtlinge im Mittelmeer: Solidarisch helfen, Ursachen bekämpfen

**Der Strom an Menschen, die unter Lebensgefahr versuchen, vor Krieg und Gewalt nach Europa zu fliehen, wird auf absehbare Zeit nicht abreißen. Europa kann diese humanitäre Herausforderung nur gemeinsam bestehen.** Es muss entschlossen handeln und sich auf seine gemeinsamen Werte der Mitmenschlichkeit und der gegenseitigen Solidarität besinnen. Oberste Priorität hat die Seenotrettung, um weitere Tote auf dem Mittelmeer zu verhindern. Gleichzeitig muss Europa seine bisherigen Anstrengungen verstärken, um die politische und wirtschaftliche

Situation in den Transit- und Herkunftsländern zu stabilisieren. Die Große Koalition hat bereits beschlossen, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bis 2019 deutlich um rd. 8,3 Mrd. Euro zu erhöhen. Denn nur wenn wir die Fluchtursachen bekämpfen, werden wir den Flüchtlingsstrom langfristig verringern können. Bis dahin müssen wir das skrupellose Geschäft von Schlepperbanden unterbinden. Bis dahin gilt es in Kooperation mit den Autoritäten vor Ort, Maßnahmen gegen diese zu ergreifen. Die Option eines Einsatzes militärischer Mittel kann nur auf der Basis eines

UN-Mandates geprüft werden. Sie kann ohnehin nur ein Teil einer umfassenderen Gesamtstrategie sein. Europa muss beim Thema Flüchtlinge zeigen, dass es fähig ist, sich auf nachhaltige Lösungen zu verständigen.

**Deshalb unterstützen wir den Vorstoß der EU-Kommission, die Verantwortung für die Aufnahme und die Versorgung der Flüchtlinge solidarisch unter den Mitgliedsstaaten anhand eines Quotensystems aufzuteilen, das die jeweilige Leistungsfähigkeit und Bevölkerungsgröße berücksichtigt.**

## Kommunen entlasten, Investitionen stärken

**Mit dem Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt 2015 sollen die notwendigen Voraussetzungen für die Umsetzung der Investitionsoffensive und die Förderung finanzschwacher Kommunen geschaffen werden.** Vorgesehen ist, die bereits für das Jahr 2017 beschlossene kommunale Entlastung von 1 Mrd. Euro um 1,5

Mrd. Euro auf insgesamt 2,5 Mrd. Euro aufzustocken. Zusätzlich werden 3,5 Mrd. Euro für das Sondervermögen des „Kommunalinvestitionsförderungs fonds“ bereitgestellt. Damit sollen kommunale Investitionen in die Bereiche Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz gefördert werden. Die Mittel werden auf Basis

eines Schlüssels auf die Länder verteilt, der die jeweilige Bedürftigkeit widerspiegeln soll. Der Schlüssel ergibt sich zu je einem Drittel aus der Einwohnerzahl, der Höhe der Kassenkredite und der Anzahl der Arbeitslosen. Die Länder legen dabei selbst fest, welche Kommunen sie als finanzschwach definieren.

## Wohngeld erhöhen, soziale Mischung der Städte erhalten

**Mit dem Gesetzentwurf zur Reform des Wohngeldrechts hat der Bundestag Mitte Mai in erster Lesung die Erhöhung des Wohngeldes zur Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen beraten.** Der Gesetzentwurf passt das Wohngeld an die Mieten- und Einkommensentwicklung an. Dabei werden künftig

die Warmmieten statt der Kaltmieten berücksichtigt. Von der Reform profitieren rund 870.000 Haushalte. Davon waren rund 90.000 Haushalte bisher auf Leistungen aus der Grundversicherung angewiesen. Künftig bekommen deutlich mehr Menschen und jeder Einzelne auch deutlich mehr Wohngeld.

Vor allem in Ballungsräumen und Universitätsstädten sind die Mieter durch steigende Mieten und knapper werdendem Wohnraum unter finanziellen Druck geraten. Durch eine regionale Staffelung steigt das Wohngeld daher stärker in den Gebieten, in denen auch die Mieten überdurchschnittlich stark steigen.

## Aus dem Wahlkreis

Auch im Mai waren Florian Post und Claudia Tausend in ihren Wahlkreisen unterwegs.



**Grundsteinlegung der neuen BMW-Lackiererei in München.** Eine top-moderne Anlage und ein klares Bekenntnis von BMW für den Produktionsstandort München. Hier mit Oberbürgermeister Dieter Reiter, der Landtagsabgeordneten Ruth Waldmann und dem örtlichen BA-Vorsitzenden Freddy Hummel.



**Bericht aus dem NSA-Untersuchungsausschuss:** MdB Christian Flisek, Obmann der SPD im NSA-Untersuchungsausschuss zu Gast bei Florian Post in der Kreuzkirche. Es war ein mehr als spannender Bericht über seine Arbeit vor mehr als 60 Besuchern.



**Familie Lama zu Besuch in Claudia Tausends Wahlkreisbüro in München.** Die Familie musste aus Bhutan fliehen und einige Hürden überwinden, um als Familie gemeinsam in Deutschland leben zu können. Claudia Tausend freut sich, dass sie bei der Familienzusammenführung über das Auswärtige Amt helfen konnte und dass sich die Familie in München wohl fühlt.



**Meisterfeier am Marienplatz:** Wir gratulieren den Damen und Herren des FC Bayern München zum Gewinn der Deutschen Fußballmeisterschaft.



**Einmal Lehrer spielen:** Am 12. Mai stellte sich Florian Post dem Kreuzverhör der Schülerinnen und Schüler der Willy-Brandt-Gesamtschule.

### Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a  
80796 München

florian.post@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 94 65 38  
Fax: 089 - 18 94 65 39  
facebook.com/bundestag2013  
www.florian-post.de

### Claudia Tausend, MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union



Oberanger 38  
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 93 28 58  
Fax: 089 - 44 23 24 80  
facebook.com/tausendmalbesser  
www.claudia-tausend.de

### Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung, Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.